

Antikriegstag 2021

Samstag

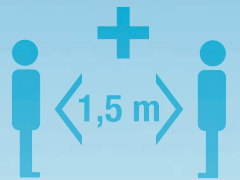
28. August 2021

11.00 Uhr Auftakt auf dem Burgplatz und
»Friedenszug zum Antikriegstag«
parallel **Infostände und Musik**
auf dem Burgplatz in Braunschweig

ca. 12.15 Uhr
Ankunft des
Friedenszuges
auf dem
Burgplatz und
Kundgebung:

**Lyrik von und mit
Thorsten Stelzner**

Wir bitten um die
Beachtung der
Corona-Regeln!



»Keine Kriege, keine Waffen: Die Welt will LEBEN LIEBEN LACHEN!« Unter diesem Motto gehen wir auf die Straße.

Mehr als 100 Jahre nach Ende des 1. Weltkrieges nehmen wir den Antikriegstag am 1. September (als Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges) zum Anlass, die Losung »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus« zu erneuern und unsere Forderungen zur Abrüstung und für ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Kriege und Konflikte im 21. Jahrhundert (u.a. Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Ukraine, Jemen, Israel/Palästina und Türkei/Kurden) haben bereits mehr als 1 Million Tote und Millionen Verletzte gefordert.

In Syrien ist die Bundeswehr im Rahmen einer internationalen Koalition unter Führung der USA mit Luftaufklärung, Betankung von Flugzeugen in der Luft und Transportflügen beteiligt. Die Bundeswehr liefert Ziele, die von der Koalition im Anschluss bombardiert werden. Diese Kriegseinsätze erfolgen ohne Zustimmung der syrischen Regierung und sind völkerrechtswidrig. **Wir fordern eine Ende der Sanktionspolitik der EU, die Deutschland und weitere sogenannte westliche Staaten maßgeblich mit verantworten, und Hilfe zum Wiederaufbau dieses vom Krieg geschundenen Landes.**

Die Bundesregierung weigert sich weiterhin den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Sie hält an den Atomwaffen in Büchel und der nuklearen Teilhabe fest. Wir erwarten ein klares Signal der Bundesregierung gegen den Einsatz von Atomwaffen und wir erwarten die **Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages.**

Corona hat uns einmal mehr vor Augen geführt, dass unsere Gesellschaft verwundbar ist. Diese Pandemie macht vor keiner Grenze halt. Durch die Sanktionspolitik Deutschlands und weiterer westlicher Staaten werden Menschen in Palästina, Venezuela, Kuba, Russland, Iran, Sudan und Zimbabwe in Geiselschaft genommen. **Deshalb fordern wir weltweite Solidarität und einen uneingeschränkten Zugang zu Impfstoffen für alle Staaten.**

Trotz der desaströsen Ergebnisse der Kriegseinsätze in Afghanistan und Syrien setzt die Bundesregierung weiterhin auf militärische Stärke und strebt das 2%-Ziel der NATO-Doktrin bis 2024 an (2% des Bruttoinlandproduktes). Das würde bei einem erwarteten BIP für Deutschland von 4,1 Billionen € (IWF) für das Jahr 2024 den Betrag von über 80 Mrd. € für Militärausgaben bedeuten. Dieses Geld fehlt für notwendige Investitionen in Klimaschutz, Zivilem Friedensdienst, Gesundheit, Soziales, Wohnungsbau, Bildung und Infrastruktur. Dies begünstigt populistische Forderungen und rechte Bewegungen.

Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Wir fordern deshalb eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung. Vor 80 Jahren hat Nazi-Deutschland die Sowjetunion überfallen. 27 Millionen Sowjetbürger*innen und 8 Millionen Deutsche kamen im Laufe des Krieges ums Leben. Millionen sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter*innen starben in deutschen Lagern. Das damit verbundene Leid ist uns Mahnung und Anlass, heute für eine neue Entspannungspolitik, für Abrüstung und für kollektive Sicherheit in Europa einzutreten!

- **Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag**
- **Abrüstung statt Sozialabbau**
- **Deutsche Politik muss sich dem Frieden verpflichten**
- **Ausbau der zivilen Konfliktlösungen und die Stärkung des Völkerrechts!**
- **Schutz für Whistleblower statt Zusammenarbeit mit Warlords**

Veranstalter:



IPPNW

Regionalgruppe Braunschweig



Friedenszentrum
Braunschweig e.V.



Friedensbündnis
Braunschweig